

Gewinnstreben – Ursache oder Symptom?

Interview von Andreas Bangemann mit Dr. Ernst Niemeier

Dr. Ernst Niemeier ist ein Mann, der in seinem Leben so manche „Schlacht“ geschlagen hat. Über 30 Jahre arbeitete er in verschiedenen Bereichen der IBM Deutschland. Dabei fungierte er auch als Betriebsrat und setzte sich für die Belange der Mitarbeiter in seinem Verantwortungsbereich ein. Von früheren Kolleginnen und Kollegen wurde er für seine unerbittliche Aufrichtigkeit geschätzt, die sich auch darin ausdrückte, dass er sich nicht vor gerichtlichen Auseinandersetzungen mit seinem Arbeitgeber scheute. Mit der Aufdeckung rechtswidriger Maßnahmen zu Lasten der Mitarbeiter errang er sich in den Augen der Kolleginnen und Kollegen große Verdienste. Gravierende Fälle hat er jetzt in seinem Buch verarbeitet. Dabei sieht er das „Profitstreben“ als „kapitalistische Kernenergie“ an und warnt vor zerstörerischen Folgen für das gesamte Gesellschaftsgefüge.

Im Buch beschreibt und analysiert er ein eklatantes Beispiel der Fehlentwicklung des schrankenlosen Gewinnstrebens. Er führt zu seinem Buch aus: „In diesem Fall richtete es sich gegen die (produktiven) Beschäftigten eines Weltunternehmens – eingeleitet von dem späteren BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel, den die Süddeutsche Zeitung schon einmal als den Mann für das Grobe bezeichnet hatte. Ein solches Verhalten verhindert nicht nur, dass ein marktwirtschaftlich mögliches sozialökonomisches Optimum näherungsweise erreicht wird. Letztlich bedroht es auch die Funktionsfähigkeit des Marktsystems. Deshalb ist es genau zu analysieren, und aus den Erkenntnissen sind Konsequenzen zu ziehen, die darauf hinauslaufen, dass eine wirksame Gegenmacht zu bilden ist. Um die Einkommen und die sonstigen Arbeitsbedingungen in historisch einmaliger Breite und Höhe rechtswidrig absenken zu können, wurde bei IBM mit einer nicht tariffähigen Organisation, einem ‚Dritten‘ also, ein Vertrag abgeschlossen, der dann allen Beschäftigten oktroyiert wurde. Auf diese Weise wurden zahlreiche bestehende Arbeitsvertragsinhalte einseitig und ohne Änderungskündigung (die allerdings angesichts der Gewinnsituation aussichtslos gewesen wäre) gravierend verschlechtert. Die Beschäftigten, die sich gegen den Rechtsbruch wehrten, wurden bedroht, diffamiert, mit Sanktionen belegt, mit Abmahnungen und Kündigungsversuchen überzogen. Diese Einschüchterungsmaßnahmen verfehlten nicht ihre Wirkung und führten dazu, dass sich der gerichtlich festgestellte Machtmissbrauch und Rechtsbruch durchsetzte. Es geschah also das, was die Cambridge-Ökonomin Joan Robinson schon Mitte des letzten Jahrhunderts in die Worte fasste: ‚Wenn (allein) das Trachten nach Profit das Kriterium richtigen Verhaltens ist, gibt es keine Möglichkeit, produktives Handeln von Räuberei zu unterscheiden‘.“

Inwieweit Dr. Niemeier das Gewinnstreben als Ursache allen Übels ansieht, bzw. ob er dahinter noch andere treibende Kräfte wahrnimmt, das wollte Andreas Bangemann im Interview herausfinden.



„Sie haben durch Ihre jahrzehntelange Arbeit einen tiefen Einblick in ein einzelnes Unternehmen bekommen und dabei die Entwicklung im Laufe vieler Jahre sehen können. Hatten Sie Kontakt zu Kollegen in ähnlichen Positionen in anderen ‚Weltunternehmen‘, die Ihnen Vergleichbares berichtet haben oder sehen Sie IBM als einen besonders schwerwiegenden Einzelfall?“



„Ich habe keine Informationen über vergleichbare Fehlentwicklungen in anderen ‚Weltunternehmen‘, was aber nicht bedeutet, dass es nicht auch dort solche Probleme gibt. In der Presse wurde vor einiger Zeit ein spezieller Aspekt des IBM-Problems behandelt, der bei Siemens geschah: die ‚Umdrehung‘ von Gewerkschaftlern und Betriebsräten, die nicht die Interessen der Beschäftigten, sondern die Gewinninteressen des Unternehmens vertreten. Die Korruption von Gewerkschaftlern und Betriebsräten drückt sich in sogenannten gelben Gewerkschaften aus, d. h. von ‚Gewerkschaften‘, die vom Arbeitgeber gebildet und häufig finanziert werden, und in ihren betrieblichen Agenten. Im IBM-Fall war mit der DAG zwar keine gelbe Gewerkschaft aktiv, sie verhielt sich aber wie eine gelbe Gewerkschaft. Die Gefahr der Überbetonung des Gewinnstrebens ist in unserem Wirtschaftssystem allgegenwärtig, wie es die englische Volkswirtin aus Cambridge, Joan Robinson, schon vor langer Zeit formuliert hat, als sie davon sprach, dass dann produktives Handeln nicht von Räuberei zu unterscheiden sei. Der IBM-Fall ist aber ein ganz besonders schwerer Fall der Fehlentwicklung des Profitstrebens.“



„Worin besteht die Besonderheit des IBM-Falls?“



„Sie besteht erstens darin, dass es viele Besonderheiten gibt. Das Unternehmen schloss mit einer für Haustarifverträge nicht tariffähigen Organisation einen Vertrag, der dazu benutzt wurde, de facto und rechtswidrig wichtige Arbeitsvertragsinhalte aller Beschäftigten durch schlechtere Bedingungen zu ersetzen. Die gültigen Arbeitsverträge wurden also einseitig außer Kraft gesetzt. Man kann das zynisch als ‚kreative Rechtsentwicklung‘ bezeichnen, es handelt sich aber in Wirklichkeit um einen Skandal. Auf diese Weise wurde nicht ein Arbeitsvertragsinhalt verschlechtert, sondern eine Vielzahl: Arbeits-

zeitverlängerung ohne Einkommensausgleich, spätere Mehrarbeitsbezahlung, Verwendung von Gleitzeitguthaben für berufliche Fortbildung, Absenkung der Gehaltsniveauentwicklung, Streichung des arbeitsvertraglichen Anspruchs auf Tarifizulagen, Absenkung der Sonderzahlungen, Abgruppierungen um bis zu vier Gehaltsstufen, negative Auswirkung auf Betriebsrente, Eliminierung des arbeitsvertraglichen Abgruppierungsschutzes u. a.“



„Das klingt ja schon dramatisch. Haben die Beschäftigten diese ‚kreative Rechtsentwicklung‘ denn hingenommen?“



„Das ist eine weitere Besonderheit. Diese Maßnahmen wurden rücksichtslos, ja brutal durchgesetzt. Um einen breiten Widerstand gegen diese Willkür zu verhindern,

- gab das Unternehmen falsche Informationen an Beschäftigte und an die Presse,
- bedrohte es die Beschäftigten, wenn sie die ‚neuen‘ Arbeitsbedingungen nicht hinnehmen würden,
- drohte es die Schließung eines Betriebes an, wenn sich die Beschäftigten nicht vom Widerstand gegen den Bruch der Arbeitsverträge distanzieren,
- ging es (erfolglos) mit gerichtlichen Anträgen auf einstweilige Verfügung gegen Kritiker vor, die auf die Unwirksamkeit des ‚Tarifvertrages‘ für die Beschäftigten hingewiesen hatten,
- ging es (erfolglos) mit gerichtlichen Anträgen auf fristlose Kündigung gegen Betriebsratsmitglieder vor, die zu Recht auf die Rechtswidrigkeit der unternehmerischen Maßnahmen hingewiesen hatten,
- setzte es sich de facto über die rechtskräftigen Arbeitsgerichtsurteile hinweg, die die Unwirksamkeit der sog. Tarifverträge festgestellt hatten und dem Unternehmen Machtmissbrauch und Rechtsbruch vorwarfen.

All dies geschah auf dem Hintergrund eines kräftigen Personalabbaus, der Angst um die Arbeitsplätze erzeugte.“



„Machte die wirtschaftliche Situation des Unternehmens denn Einschnitte in Bezahlung und weitere Arbeitsbedingungen notwendig?“



„Es gab zwar gewisse strukturelle Probleme, die aus Überkapazitäten für Großrechner und aus falschen Entscheidungen im PC-Geschäft resultierten. Die entscheidende Ursache für den Umsatzrückgang und den Gewinneinbruch aber war die Rezession. Das bestätigt die Umsatzentwicklung und die Vervielfachung des Gewinns nach Überwindung der Rezession. Der Betriebsgewinn war im Übrigen niemals negativ. Selbst im Jahr 1992, als der Gewinn den niedrigsten Stand erreicht hatte, stellte Hans-Olaf Henkel stolz fest, dass der IBM-Gewinn höher sei als der aller Konkurrenten zusammen. Dabei übersah er allerdings, dass er mit dieser Aussage seine

Wettbewerbsbehauptung widerlegte, der zufolge die IBM-Löhne nicht wettbewerbsfähig seien. Die in jener Zeit in der Presse berichteten riesigen Verluste waren nicht die relevanten Geschäftsergebnisse des jeweiligen Jahres, sondern durch Rückstellungen für Personal- und Kapazitätsabbau, d. h. durch vorgezogene Kosten der künftigen Jahre zustande gekommen. Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, dass – wenn Einschnitte notwendig gewesen wären – sie keinesfalls Machtmissbrauch und Rechtsbruch hätten rechtfertigen können.“



„In wie weit haben Sie sich mit Einflüssen auseinandergesetzt, die von außen auf Ihr Unternehmen und damit wohl auch auf andere eingewirkt haben? Ich denke dabei an Schlagworte, wie „Shareholder Value“ und Ähnliches.“



„Ich bin davon überzeugt, dass die Shareholder-Value-Ideologie bei den Maßnahmen der IBM-Geschäftsleitung Pate gestanden hat. Ich habe darauf auch 1996 in einem Aufsatz in der Zeitschrift ‚Arbeitsrecht im Betrieb‘ und in der ‚Frankfurter Rundschau‘ hingewiesen. Ich habe, wie ich denke, darin auch belegt, dass die Shareholder-Value-Ideologie als Instrument einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung nicht taugt.“



„Angenommen Sie hätten leitende Verantwortung im Unternehmen gehabt und die Erwartungen der Kapitaleigner im Nacken. Was hätten Sie denn grundlegend anders gemacht?“



„Der Umsatz- und Gewinneinbruch war vor allem rezessionsbedingt. Rezessionen sind ein temporäres Phänomen und bedürfen zur Überwindung ihrer nachteiligen Wirkungen nur temporärer Maßnahmen. Darauf habe ich schon damals hingewiesen. Leider ergriff die Geschäftsleitung dauerhaft wirkende Maßnahmen. Wenn man einmal davon absieht, ob bei der tatsächlichen Gewinnentwicklung überhaupt Einschnitte notwendig waren, hätten jedenfalls nur temporär entlastende Entscheidungen getroffen werden dürfen. Das gilt im Prinzip auch für den drastischen Personalabbau, der nach Abklingen der Rezession zu einem großen Teil durch Neueinstellungen wieder rückgängig gemacht wurde. Wie wären Umsatz- und Gewinnentwicklung wohl verlaufen, wenn die ‚uralten‘ 45-jährigen Experten nicht in den Vorruhestand geschickt worden wären, sondern ihre Weiterbezahlung während der Rezession als Investition betrachtet worden wäre und die Basis für die Weiterentwicklung nach der Rezession gebildet hätte?“



„In einer Welt, die es für selbstverständlich hält, Geld mit Geld zu verdienen müssen riskante Investitionen in Unternehmen, wie IBM sich deutlich besser rentieren, als risikolose Geldanlagen mit herkömmlichen Bankprodukten. Ist die Erwirtschaftung derartiger Renditeerwartungen auf Dauer überhaupt möglich, ohne dass es zu solchen Auswüchsen kommt, die Sie in ihrem Buch beschreiben?“



„Die höhere Rentabilität erbrachten in den letzten Jahrzehnten die neu konstruierten, heute als giftig bezeichneten Finanzprodukte. Die höhere Rentabili-

tät finanzwirtschaftlicher gegenüber realwirtschaftlicher Aktivitäten ist jedoch keine zwangsläufige Entwicklung. Sie ist das Ergebnis der Durchsetzung einer neoliberalen, d. h. marktradikalen Doktrin, die bewirkte, dass in Europa der Realzins seit 1980 überwiegend über der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts lag und so die realwirtschaftliche Entwicklung bremste. Das positive wirtschaftliche Wachstum vor 1980 war das Ergebnis des umgekehrten Realzins-Wachstums-Differentials. Realwirtschaftliche Investitionen können sehr wohl eine vergleichsweise hohe und gerechtfertigte Rentabilität erreichen, wenn die Unternehmen technischen Fortschritt realisieren und gefragte Neuerungen auf den Markt bringen. Die Auswüchse, die in der Finanzkrise endeten, sind Folge des unberechtigten Vertrauens in die Effizienz des Marktes und der Vernachlässigung staatlicher Regulierungen.“



„Halten Sie es für erstrebenswert, zu grundsätzlichen Änderungen im Geldsystem zu kommen? Änderungen, die die Luft aus dem ‚Renditekessel‘ nehmen, in dem über kluge Erneuerungen der Spekulation die Grundlage entzogen wird?“



„Ich denke nicht, dass das Geldsystem das zu lösende Problem ist. Ein maßloses Gewinnstreben tritt auch in der Realwirtschaft auf. Die IBM hat über viele Jahre hohe Gewinne aus der Realisierung technischer Fortschritte gezogen, sog. Marktlagengewinne (Josef Schumpeter), die die Belohnung für die Fortschrittsrealisierung waren. Davon profitierten auch die Beschäftigten. Erst als die monopolartige Position verloren zu gehen drohte und obendrein eine Rezession die gewohnte Gewinnentwicklung beeinträchtigte, entartete das Gewinnstreben. Das hatte mit dem Geldsystem nichts zu tun. Dass der überzogenen Spekulation, die im finanz- und realwirtschaftlichen Bereich auftritt, der Boden entzogen werden muss, ist allerdings richtig. Eine wichtige Maßnahme dafür ist die Einführung der Finanztransaktionssteuer.“



„Ich bin immer verwundert darüber, dass sich engagierte Arbeitnehmervertreter (aber durchaus auch viele ‚kleine‘ mittelständische Unternehmer) in einer Art Betriebsblindheit ausschließlich um die erkennbaren Missstände in ihren Unternehmen kümmern und nur selten erkennen, dass diese nur Symptome grundsätzlicher Ursachen sind, die im Gesamtsystem zu suchen sind. Wie lässt sich die Arbeit im Konkreten – also mit Blick auf die Missstände im eigenen Unternehmen – mit grundsätzlichen Forderungen für ein gerechtes Geldsystem verbinden?“



„Wie schon gesagt, geht es meiner Meinung nach nicht um ein gerechtes Geldsystem, sondern erstens um die Beseitigung der Behinderung der realwirtschaftlichen Entwicklung. Diese Behinderung geschieht zweitens entscheidend auch durch die ungleiche Verteilung der erzielten wirtschaftlichen Ergebnisse. In den vergangenen Jahrzehnten der marktradikalen Entwicklung hat sich eine große Ungleichheit der Einkommen und Vermögen durchgesetzt, die neoliberal-politisch durch entsprechende gesetzliche Regelungen und durch eine gesteuerte Schwächung der Gewerkschaften gestützt wurde und die die Binnen- nachfrage nachhaltig geschwächt hat. Allerdings haben aber auch, vielleicht beeinflusst durch den Zeitgeist, die abhängig Beschäftigten diesen Trend durch zunehmende Distanz zu den

Gewerkschaften befördert. Namhafte Ökonomen, wie die amerikanischen Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz und Paul Krugman, sowie das deutsche Sachverständigenratsmitglied Peter Bofinger sehen in dieser Entwicklung der Ungleichheit, die auch die Folge maßlosen Gewinnstrebens ist, sowohl eine systembedingte Ursache der Staatsverschuldung als auch eine Ursache der Finanzkrise. Notwendig ist deshalb eine staatliche Politik, die eine größere Verteilungsgerechtigkeit anstrebt. Notwendig ist ferner die Bildung einer Gegenmachtposition der abhängig Beschäftigten, die hilft, die Auswüchse des maßlosen Gewinnstrebens zu verhindern.“



Zum Interviewpartner

Dr. Ernst Niemeier

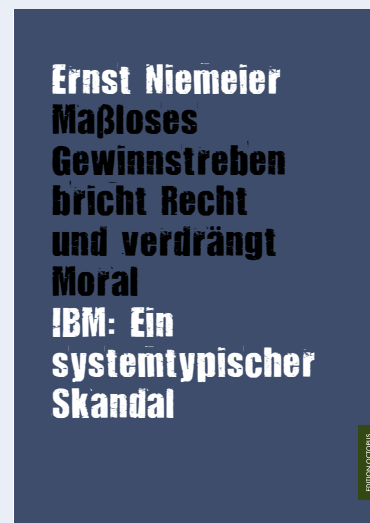


Jahrgang 1937, studierte Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Tübingen und Hamburg. Bis 1967 war er an einem wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitut tätig und hat dort in der Redaktion einer wirtschaftspolitischen Zeitschrift gearbeitet.

Von 1969 bis 2000 war er im Finanz-, Personal-, Marketingbereich der IBM Deutschland GmbH beschäftigt und fungierte dort auch als Betriebsrat. In den Jahren 2005 bis 2009 war er Lehrbeauftragter für Makroökonomie und Wirtschaftspolitik an der Hochschule Bremen. Heute lebt er als freier Publizist in der Nähe von Hamburg.

Ernst Niemeier:

»Maßloses Gewinnstreben bricht Recht und verdrängt Moral – IBM: Ein systemtypischer Skandal«
erschieden im August 2013
Softcover, 370 Seiten, 17,80 €
ISBN 978-3-86991-875-4



www.edition-octopus.de.
Bestellungen an vertrieb@mv-verlag.de oder
unter www.mv-buchhandel.de